



K u r z b e r i c h t

über die

*16. Sitzung des **Sozialausschusses***

*am Donnerstag, dem 26. August 2010,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss kam überein, folgende Punkte im Rahmen der Haushaltsberatungen gemeinsam mit dem Finanzausschuss zu erörtern:

- **Erhalt der öffentlichen Trägerschaft für das UK S-H und der Universität Lübeck**, Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/519;
- **Neustrukturierung der Krankenhausfinanzierung/Wohnraumförderung (Zweckvermögen)**, Antrag der Abg. Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 17/1041
- Bericht der Landesregierung über die **Situation der Frauenberatungsstellen/Situation der Beratungsstellen für Frauen und Mädchen mit gestörtem Essverhalten in Schleswig-Holstein** Antrag des Abg. Flemming Meyer (SSW) Umdruck 17/1072

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Wirtschaftsministeriums zum Thema **Privatisierung UK S H: Interessenbekundungsverfahren** entgegen, an den sich eine Diskussion anschloss. Außerdem ließ sich der Ausschuss durch das Sozialministerium über die Themen **Bildungschipkarte: Modellversuch in Schleswig-Holstein** sowie **Krankenhaushygiene** informieren. Auch daran schlossen sich jeweils Diskussionen an.

Er setzte die Beratung des Antrags der Fraktion des SSW **Geeignete Sammelsysteme für nicht verwendete oder abgelaufene Arzneimittel bereitstellen**, Drucksache 17/266, fort. Beratungsgrundlage war der geänderte Antrag, dem auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beigetreten war, Umdruck 17/992. Der Ausschuss empfahl dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Antrag abzulehnen. Den Bericht der Landesregierung über die **Verwertung abgelaufener oder nicht verwendeter Arzneimittel**, Drucksache 17/449, nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Bezüglich des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Homophobie aktiv**

bekämpfen!, Drucksache 17/502, empfahl der Ausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Eine Liste der Anzuhörenden soll binnen einer Woche gegenüber der Geschäftsführerin mitgeteilt werden. Als Frist für die Abgabe der Stellungnahme schlägt der Ausschuss sechs Wochen vor.

Den Gesetzentwurf der Volksinitiative „Kinderrechte stärken - Armut bekämpfen“ zur **Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/370, stellte der Ausschuss zurück und nahm zur Kenntnis, dass am 30. September interfraktionelle Gespräche zu diesem Thema vorgesehen sind.

Gemeinsam beriet der Ausschuss folgende Vorlagen:

- **Verbesserung der Kooperation im Bereich der ambulanten Behandlung**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

Drucksache 17/530

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Drucksache 17/554 (selbstständig)

- **Flächendeckende hausärztliche Versorgung sicherstellen**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

Drucksache 17/261 (neu)

- **Flächendeckende hausärztliche Versorgung sicherstellen**

Bericht der Landesregierung

Drucksache 17/443

Der Ausschuss kam überein, dazu eine Anhörung durchzuführen. Als Termin dafür legt er den 28. Oktober 2010 fest. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführerin bis zum 3. September 2010 benannt werden.

Zum Antrag der Fraktion der SPD betr. **Erhalt der freiberuflichen wohnortnahen Geburtshilfe**, Drucksache 17/654, beschloss der Ausschuss, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Als Termin bis zur Abgabe dieser Stellungnahme legte der Ausschuss den 30. September 2010 fest. Der Kreis der Anzuhörenden soll gegenüber der Geschäftsführung bis zum 3. September benannt werden.

Der Ausschuss beriet ebenfalls die vorliegenden Anträge zum Thema **Jugendfreiwilligendienste**, Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/682 (neu), Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/725 (selbstständig) , und Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/707 . Der Ausschuss verständigte sich einstimmig darauf, Drucksache 17/725 in geänderter Fassung zur Annahme zu empfehlen. Unter dieser Voraussetzung zogen die Antragsteller die Drucksachen 17/682 (neu) und 17/707 zurück. Der Antrag Drucksache 17/725 soll in der folgenden Weise geändert werden:

- Unter Nummer 1 soll hinter dem Wort „Mittel“ der Ausdruck „(mindestens 50 %)“ eingefügt werden.
- Unter Nummer 3 wird folgender neuer Satz eins eingefügt: „Der Landtag bittet die Landesregierung, sich an dem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zu beteiligen und in die Vorbereitungen der Aktivitäten zur Umsetzung des europäischen Jahres die Vereine und Verbände mit einzubeziehen.“

Schluss: 17:20 Uhr

gez. Petra Tschanter